

Wie hoch sind die Kapazitätsreserven der deutschen Wirtschaft? .....	589
Geringfügige Beschäftigung .....	595

# DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

## WOCHENBERICHT 47/89

Berlin

23. November 1989

2. Ex.

56. Jahrgang

### Wie hoch sind die Kapazitätsreserven der deutschen Wirtschaft?

Die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland befindet sich gegenwärtig in einer der längsten Expansionsphasen der letzten zwanzig Jahre. Mit einem Anstieg des realen Bruttosozialprodukts von 4 vH wird für dieses Jahr die höchste Wachstumsrate der achtziger Jahre erwartet<sup>1</sup>. Angesichts dieser Entwicklung werden die Befürchtungen immer stärker, daß das Produktionspotential einer weiteren Ausweitung der Produktion Grenzen setzen könnte.

Die Zuwachsrate des Produktionspotentials der Unternehmen (ohne Wohnungsvermietung) war bis 1985 infolge der verhaltenen Investitionstätigkeit in den Jahren zuvor mit 1 vH sehr gering. Es genügte daher schon eine schwache Belegung der gesamtwirtschaftlichen Produktionstätigkeit, um den Auslastungsgrad des Produktionspotentials spürbar zu erhöhen.

Erst die verstärkte Investitionstätigkeit in den letzten Jahren bewirkte, daß das Produktionspotential nun wieder kräftiger expandiert. Die für dieses Jahr erwartete weitere Beschleunigung in der Zunahme der Anlageinvestitionen wird dazu beitragen, daß sich der Anstieg des Produktionspotentials 1990 auf mehr als 3 vH erhöht. Etwa ebenso stark dürfte das Produktionswachstum im nächsten Jahr ausfallen. Die Auslastung des Produktionspotentials wird sich daher über den erreichten Stand von 86 vH nicht weiter erhöhen. Dieser Wert liegt immer noch etwas unter dem im Jahre 1979 erreichten Stand (86,7 vH).

Für die zurückliegenden Jahre kommen andere Untersuchungen, in denen das Produktionspotential in Abhängigkeit von den in den Unternehmen installierten Anlagen ermittelt wird, zu ähnlichen Ergebnissen. Dies gilt etwa für die Berechnungen des Sachverständigenrates<sup>2</sup> und für die jüngsten Berechnungen, die in der OECD angestellt worden sind<sup>3</sup>.

#### Zur Methode der Potentialrechnung des DIW

Da das Produktionspotential einer Volkswirtschaft keine direkt meßbare Größe ist, sind unterschiedliche Konzepte entwickelt worden, um die Frage nach der Auslastung der Kapazitäten beantworten zu können. Im folgenden sollen die neuesten Ergebnisse der DIW-Potentialrechnung dargestellt werden. Daran anschließend werden die Berechnungen mit den Ergebnissen des Ifo-Konjunkturtests verglichen.

Als produktionstheoretischer Ansatz der DIW-Potentialrechnung wird ein Capital-vintage-Modell verwendet. Ausschlaggebend für die Entwicklung des Produktionspoten-

tials sind hier nicht eine aggregierte Größe für den Kapitalstock, sondern die einzelnen Investitionsjahrgänge und ihre Produktivität bei Vollauslastung. Darüber hinaus wird die Zusammensetzung der einzelnen Investitionsjahrgänge nach Gütergruppen und investierenden Branchen

<sup>1</sup> Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Herbst 1989. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 43/1989, S. 519 ff.

<sup>2</sup> Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, zuletzt Jahresgutachten 1988/89, S. 216.

<sup>3</sup> Vgl. Raymond Torres, John P. Martin: Potential Output in the seven major OECD countries. In: OECD Department of Economics and Statistics, Working Papers No 66, May 1989.

Determinanten der Entwicklung des Produktionspotentials

	jahresdurchschnittliche Veränderungen in vH			Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH											
	1979/70	1985/79	1990/85	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989P)	1990P)
Bruttoanlagevermögen zu Preisen von 1980 <sup>3)</sup>															
Unternehmen ohne															
Wohnungsvermietung	4,2	3,0	3,0	.	3,7	3,4	2,9	2,7	2,6	2,6	2,7	2,8	2,9	3,2	3,5
Verarbeitendes Gewerbe	3,2	1,2	2,1	.	2,0	1,8	1,2	0,8	0,5	0,7	1,4	1,8	2,0	2,4	3,0
Grundstoff- und															
Produktionsgüterproduzenten <sup>1)</sup>	2,5	-1,2	-0,5	.	0,3	0,2	-0,9	-1,7	-2,5	-2,5	-1,3	-1,0	-0,7	0,0	0,7
Investitionsgüterproduzenten <sup>2)</sup>	4,3	3,4	4,3	.	4,2	4,1	3,4	3,0	2,6	3,0	3,9	4,2	4,1	4,3	4,8
Übriges verarbeitendes Gewerbe	2,8	0,6	1,3	.	1,3	1,1	0,5	0,3	0,3	0,3	0,6	0,9	1,3	1,8	2,1
Restliche Unternehmensbereiche	4,7	3,8	3,4	.	4,5	4,2	3,7	3,6	3,6	3,4	3,3	3,2	3,3	3,6	3,7
Potentielle Kapitalproduktivität <sup>4)</sup>															
Unternehmen ohne															
Wohnungsvermietung	-1,7	-1,1	-0,7	.	-0,4	-0,7	-1,2	-1,4	-1,4	-1,4	-1,1	-0,9	-0,8	-0,6	-0,3
Verarbeitendes Gewerbe	-0,9	-0,5	0,0	.	-1,1	-0,8	-0,7	-0,5	-0,1	0,3	0,3	0,1	-0,1	-0,3	-0,3
Grundstoff- und															
Produktionsgüterproduzenten <sup>1)</sup>	-0,1	0,1	2,4	.	-2,4	-1,3	-0,1	0,9	1,5	2,1	2,0	1,7	2,0	2,7	3,3
Investitionsgüterproduzenten <sup>2)</sup>	-1,7	-1,5	-1,0	.	-1,9	-1,7	-1,7	-1,7	-1,3	-0,8	-0,5	-0,7	-1,1	-1,4	-1,5
Übriges verarbeitendes Gewerbe	-1,0	-0,4	-0,8	.	-0,4	-0,3	-0,6	-0,6	-0,3	-0,3	-0,4	-0,6	-0,8	-0,9	-1,1
Restliche Unternehmensbereiche	-2,1	-1,1	-1,0	.	0,4	-0,3	-1,3	-1,6	-1,8	-2,0	-1,7	-1,3	-0,9	-0,6	-0,3
Produktionspotential zu Preisen von 1980 <sup>3)</sup>															
Unternehmen ohne															
Wohnungsvermietung	2,4	1,9	2,3	.	3,3	2,7	1,6	1,3	1,2	1,2	1,6	1,9	2,2	2,6	3,2
Verarbeitendes Gewerbe	2,2	0,7	2,1	.	0,9	1,0	0,5	0,3	0,4	1,0	1,8	1,9	1,9	2,2	2,7
Grundstoff- und															
Produktionsgüterproduzenten <sup>1)</sup>	2,3	-1,1	1,9	.	-2,1	-1,1	-1,0	-0,8	-1,0	-0,4	0,6	0,7	1,3	2,7	4,1
Investitionsgüterproduzenten <sup>2)</sup>	2,6	1,8	3,2	.	2,3	2,3	1,7	1,2	1,3	2,2	3,3	3,5	3,0	2,9	3,3
Übriges verarbeitendes Gewerbe	1,8	0,2	0,6	.	0,9	0,7	-0,1	-0,3	0,0	0,0	0,2	0,3	0,5	0,8	1,0
Restliche Unternehmensbereiche	2,5	2,7	2,4	.	5,0	3,8	2,4	1,9	1,7	1,3	1,6	1,9	2,3	2,9	3,5
Bruttowertschöpfung zu Preisen von 1980															
Unternehmen ohne															
Wohnungsvermietung	2,8	1,2	3,0	.	1,0	-0,2	-0,9	1,5	3,2	2,5	2,5	1,5	4,3	3,6	3,0
Verarbeitendes Gewerbe	2,3	0,5	2,1	.	0,0	-1,5	-2,4	1,1	2,7	3,4	0,0	-2,0	4,1	5,0	3,5
Grundstoff- und															
Produktionsgüterproduzenten <sup>1)</sup>	1,2	-0,5	1,8	.	2,7	-6,4	-5,3	-0,1	4,5	2,1	2,1	-4,6	6,8	2,5	2,5
Investitionsgüterproduzenten <sup>2)</sup>	2,9	1,6	3,0	.	0,5	0,9	-0,7	0,2	2,6	6,5	1,4	-1,3	3,7	7,5	4,0
Übriges verarbeitendes Gewerbe	2,3	-0,3	0,9	.	-2,0	-1,8	-3,0	2,9	2,1	0,2	-2,8	-1,7	3,3	2,9	3,0
Restliche Unternehmensbereiche	3,2	1,6	3,7	.	1,7	0,7	0,2	1,7	3,5	1,8	4,3	3,9	4,5	2,6	3,0
Auslastung des Produktionspotentials in vH															
Unternehmen ohne															
Wohnungsvermietung	.	.	.	86,7	84,8	82,4	80,3	80,4	82,0	83,0	83,8	83,5	85,3	86,0	86,0
Verarbeitendes Gewerbe	.	.	.	90,1	89,3	87,0	84,5	85,2	87,2	89,3	87,7	84,3	86,2	88,6	89,0
Grundstoff- und															
Produktionsgüterproduzenten <sup>1)</sup>	.	.	.	82,6	86,6	82,0	78,5	79,0	83,4	85,5	86,8	82,2	86,7	86,5	85,0
Investitionsgüterproduzenten <sup>2)</sup>	.	.	.	88,8	87,3	86,1	84,1	83,2	84,3	87,8	86,2	82,2	82,8	86,5	87,0
Übriges verarbeitendes Gewerbe	.	.	.	96,0	93,3	90,9	88,3	91,1	93,1	93,2	90,4	88,6	91,1	92,9	94,5
Restliche Unternehmensbereiche	.	.	.	84,3	81,7	79,3	77,6	77,4	78,8	79,2	81,3	82,9	84,7	84,4	84,0

P) Vorläufig. — 1) Ohne chemische Industrie. — 2) Ohne Stahlverformung. — 3) Jahresdurchschnittswerte. — 4) Produktionspotential zu Preisen von 1980 je Einheit des Bruttoanlagevermögens zu Preisen von 1980.

Quellen: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen des Statistischen Bundesamtes, Potentialrechnung des DIW.

ebenso berücksichtigt wie die relativen Faktorpreise für Arbeit und Kapital, der Lohnsatz und die Rendite<sup>4</sup>.

Das Produktionspotential wird durch Investitionen erweitert und durch Verschrottungen vermindert. Die Berechnungen knüpfen an die realisierten Investitionen in den jeweiligen Jahren an, wie sie sich in Abhängigkeit von den Absatzerwartungen und den Faktorpreisrelationen ergeben haben. Untersucht werden die Potentialwirkungen sowie die Entscheidungen der Unternehmen, in welcher Kombination mit den Kapitalgütern neue Arbeitsplätze geschaffen werden, um das Produktionsziel zu erreichen. Dabei müssen umso mehr Investitionen getätigt werden, je höher der spezifische Investitionsaufwand für einen neuen Arbeitsplatz ist. Verändert sich das Faktorpreisverhältnis zugunsten der Rendite, so besteht eine Tendenz, die Produktionsprozesse arbeitsintensiver zu gestalten. Dies ist gleichbedeutend mit einer weniger kapitalintensiven Produktion und einer höheren Kapitalproduktivität der neuen Anlagen.

Neben dem Einfluß der erwarteten Faktorpreisrelationen spielt in der DIW-Potentialrechnung auch der Zusammenhang zwischen der geplanten Nutzungsdauer einer Investition und ihrer Produktivität eine Rolle. Bei gegebenen Lohnsatz- und Renditeerwartungen für Investitionsgüter wird mit überdurchschnittlicher Nutzungsdauer im allgemeinen ein unterdurchschnittlicher Arbeits-einsatz kalkuliert und umgekehrt<sup>5</sup>. Berücksichtigt man diese Zusammenhänge, so ist es möglich, die Kapazitätswirkungen auch solcher Investitionen zu erfassen, mit denen sich durch Modernisierung die Kapazitäten vorhandener Anlagen für eine begrenzte Zeit ohne großen Aufwand erweitern lassen.

Die Berechnungen werden vom DIW für 50 Wirtschaftszweige durchgeführt. In jedem Wirtschaftszweig wird zwischen mehr als 200 Gütern mit unterschiedlicher Nutzungsdauer unterschieden. Die Ergebnisse für das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential sind somit das Resultat eines Modells, in dem nicht nur aggregierte gesamtwirtschaftliche Größen, sondern auch zahlreiche strukturelle Einflüsse berücksichtigt werden.

Diese starke Differenzierung unterscheidet das hier verwendete Capital-vintage-Modell erheblich von anderen Modellen, die für die Berechnung des Produktionspotentials in der Bundesrepublik angewandt werden. So beruhen beispielsweise die Berechnungen des Sachverständigenrates auf früheren Ansätzen des DIW, in denen von einer trendmäßigen Entwicklung der potentiellen Kapitalproduktivität ausgegangen wurde<sup>6</sup>. Ökonomische Einflüsse und strukturelle Verschiebungen werden dabei lediglich der Tendenz nach erfaßt.

### Ergebnisse für den Unternehmensbereich

In Tabelle 1 sind die Ergebnisse der Berechnungen des DIW für den Unternehmensbereich (ohne Wohnungsver-

mietung) und für ausgewählte Sektoren dargestellt. Deutlich wird, daß die Zuwachsrate des Produktionspotentials im Unternehmensbereich Anfang der achtziger Jahre stark zurückging. Dies war die Folge der verminderten Investitionstätigkeit. Die Wachstumsrate des Anlagevermögens nahm von 3,7 vH im Jahr 1980 auf 2,6 vH im Jahr 1984 ab. Infolge der abnehmenden potentiellen Kapitalproduktivität verringerte sich der Anstieg des Produktionspotentials bis auf 1,2 vH.

Auffällig ist jedoch, daß in den Jahren danach das Produktionspotential wieder kräftiger stieg, obwohl sich die Zuwachsrate des Anlagevermögens nur geringfügig erhöhte. Der seit Mitte der siebziger Jahre ständig verminderte Reallohnanstieg und die Verbesserung der Renditesituation der Unternehmen<sup>7</sup> bewirkte, daß in vielen Wirtschaftszweigen die Notwendigkeit, Arbeit durch Kapital zu substituieren, geringer wurde. Mit entsprechender Verzögerung führte dies zu einer Verlangsamung in der Abnahme der Kapitalproduktivität.

Überlagert wurde dieser Prozeß durch Strukturverschiebungen im Investitionsgüterbündel. Die Unternehmen schätzten die längerfristigen Wachstumschancen im Gefolge der damaligen Ölkrise eher gering ein, so daß sie nicht nur wenig investierten, sondern vor allem die Investitionen in längerlebige Anlagen reduzierten. So wurden in Jahren zurückhaltender Investitionstätigkeit die Bauinvestitionen stark zurückgefahren, da die vorhandenen Gebäude meist ausreichten, um die neuen Ausrüstungen aufzunehmen.

Hinzu kommt, daß auch bei den Ausrüstungen vielfach moderne, technisch hochwertige Investitionsgüter mit hoher Kapitalproduktivität zum Einsatz kamen. Diese Entwicklung war in den Branchen unterschiedlich stark und

<sup>4</sup> Vgl. Bernd Görzig, Jürgen Blazejczak, Gustav Adolf Horn und Frank Stille: Investitionen, Beschäftigung und Produktivität. Zu den Arbeitplatzeffekten einer verstärkten Investitionstätigkeit vor dem Hintergrund sektoraler Entwicklungen. Beiträge zur Strukturforchung, Heft 108, Berlin 1988, S. 46 ff. — Der hier beschriebene Modellansatz ist ein Ergebnis der Arbeiten zur Strukturberichterstattung. Als Datenbasis liegen den Berechnungen die sektoralen Angaben der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für *Unternehmen* zugrunde. Davon zu unterscheiden sind die jährlich vom DIW vorgenommenen Berechnungen für die verarbeitende Industrie, die im wesentlichen auf den sektoralen Daten für *Betriebe* mit mehr als 20 Beschäftigten beruhen, wie sie im Rahmen der Statistik für das produzierende Gewerbe erhoben werden — vgl. Bernd Görzig, Joachim Schintke und Manfred Schmidt: Produktionsvolumen und -potential, Produktionsfaktoren des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes in der Bundesrepublik Deutschland, Statistische Kennziffern, 30. Folge, 1970 — 1987, Sonderdruck des DIW, Berlin, 1988.

<sup>5</sup> Vgl. Bernd Görzig u.a.: Investitionen, Beschäftigung und Produktivität, a.a.O., S. 50.

<sup>6</sup> Vgl. Bernd Görzig und Wolfgang Kirner, Zur Entwicklung des künftigen Wachstumspotentials in der BRD. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 1/1970, S. 5 ff.

<sup>7</sup> Gewinne und Investitionen der Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland. Bearb.: Bernd Görzig. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 20/1989, S. 221 ff.

setzte bereits in den siebziger Jahren ein. Per Saldo verminderte sich der Rückgang der potentiellen Kapitalproduktivität von 1,7 vH in den siebziger Jahren auf nur noch 0,9 vH in den achtziger Jahren.

Bezieht man die effektive Bruttowertschöpfung auf das Produktionspotential, so erhält man Indikatoren für die Auslastung des Produktionspotentials. Diese hatte 1979 mit 86,7 vH ihren letzten Höhepunkt erreicht. Mit der Nachfrageabschwächung in den folgenden Jahren reduzierte sich die Auslastung bis 1982 auf 80 vH. Seitdem steigt sie nahezu kontinuierlich. Mit 85,3 vH erreichte sie 1988 den bisher höchsten Wert der achtziger Jahre. Bei einer Zunahme der Bruttowertschöpfung im Unternehmensbereich von etwa 3,5 vH wird in diesem Jahr die Auslastung des Produktionspotentials auf 86 vH steigen. Das ist immer noch fast ein Prozentpunkt weniger als 1979.

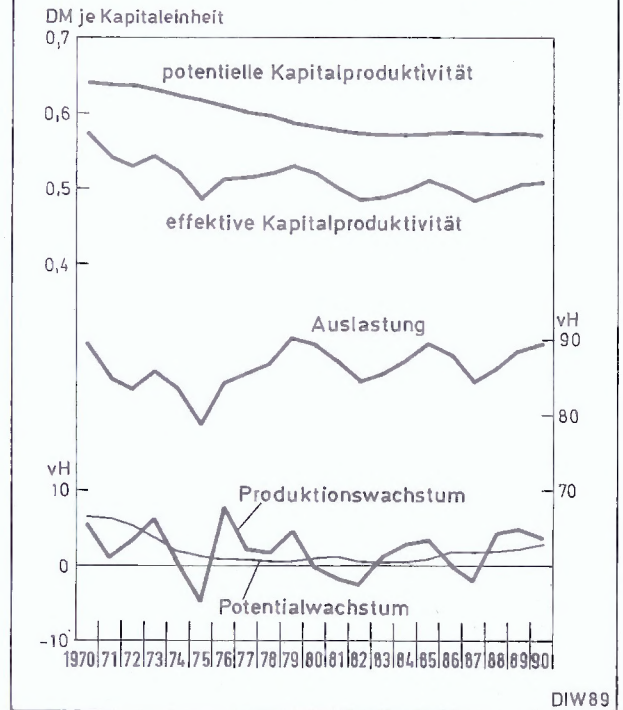
### Die Auslastung des Produktionspotentials im verarbeitenden Gewerbe

Hervorgehoben werden muß, daß die für den Unternehmensbereich insgesamt ermittelte Entwicklung auf sehr unterschiedlichen Verläufen in den Wirtschaftszweigen beruht. Bis in die erste Hälfte der achtziger Jahre hinein verlangsamte sich der Rückgang der potentiellen Kapitalproduktivität besonders stark in den Wirtschaftszweigen außerhalb des verarbeitenden Gewerbes. Danach verlagerte sich der Prozeß in das verarbeitende Gewerbe. In den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien steigt seit 1983 die potentielle Kapitalproduktivität — auch aus strukturellen Gründen — kräftig. Bei den Investitionsgüterproduzenten hat sich der Rückgang der potentiellen Kapitalproduktivität verlangsamt. Dies bewirkte, daß trotz teils gegenläufiger Entwicklung in den übrigen Branchen des verarbeitenden Gewerbes die potentielle Kapitalproduktivität im verarbeitenden Gewerbe insgesamt seit 1983 nahezu unverändert geblieben ist.

Auch strukturelle Verschiebungen in der Investitionstätigkeit haben den Verlauf des Produktionspotentials beeinflusst. Im verarbeitenden Gewerbe expandierte das Produktionspotential in der ersten Hälfte der achtziger Jahre aufgrund der schwachen Investitionstätigkeit weitaus geringer als in den übrigen Unternehmensbereichen. Bis 1984 ging infolge rückläufiger Investitionen das Wachstum des Anlagevermögens zurück, in den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien verminderte sich sogar der Anlagenbestand, verursacht auch durch zahlreiche Stilllegungen in der Mineralölverarbeitung und der eisenschaffenden Industrie.

Die 1985 einsetzende Investitionsbelebung ging überwiegend von der Investitionsgüterindustrie aus. Hier konnte ein Anlagenzuwachs realisiert werden, der erstmals seit 1972 wieder den Anstieg des Anlagevermögens in den Wirtschaftszweigen außerhalb des verarbeitenden Gewerbes übertraf. Bei weiterhin kräftig zunehmender In-

## DETERMINANTEN DER AUSLASTUNG IM VERARBEITENDEN GEWERBE



vestitionstätigkeit werden die Investitionsgüterhersteller 1990 ihre Anlagen mit fast 5 vH in einem Umfang ausweiten wie nie zuvor seit 1973.

Anders als in den vorangegangenen Aufschwungsphasen verteilt sich der Anlagenzuwachs im Investitionsgütersektor, sieht man vom Schiffbau und dem Stahl- und Leichtmetallbau ab, recht gleichmäßig auf die Branchen.

### Die Entwicklung des Bruttoanlagevermögens ausgewählter Investitionsgüterproduzenten

	Jahresdurchschnittliche Veränderungen in vH		
	1979/70	1985/79	1990/85 <sup>P)</sup>
Investitionsgüterproduzenten insgesamt <sup>1)</sup>	4,3	3,4	4,3
darunter:			
Maschinenbau	2,9	1,6	3,0
Büromaschinen, ADV	9,2	5,0	2,3
Straßenfahrzeugbau	4,5	5,4	5,4
Luft- u. Raumfahrzeugbau	7,8	9,2	5,2
Elektrotechnik	5,5	3,6	6,1
Feinmechanik, Optik	4,2	3,5	4,9

P) Vorläufig. — 1) Ohne Stahlverformung.

Quellen: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen des Statistischen Bundesamtes, Berechnungen des DIW.

Im Durchschnitt der Jahre 1985 bis 1990 wird das Anlagevermögen in der elektrotechnischen Industrie, dem Straßenfahrzeugbau, dem Maschinenbau und in der feinmechanischen und optischen Industrie schneller zunehmen als im Durchschnitt der siebziger Jahre. Bei einer nur noch leicht verminderten Abnahme der potentiellen Kapitalproduktivität ist 1990 in der Investitionsgüterindustrie mit einem Anstieg des Produktionspotentials von 3,3 vH zu rechnen.

Mit der für 1990 erwarteten Zunahme der Produktions-tätigkeit wird sich im Investitionsgütersektor trotz des kräftig verstärkten Potentialanstiegs die Auslastung nochmals erhöhen. Mit 87 vH wird sie aber immer noch um knapp 2 Prozentpunkte unter dem Höchstwert von 1979 liegen. Im Grundstoff- und Produktionsgüterbereich ist dagegen ein leichter Rückgang der Auslastung zu erwarten. Insgesamt wird die Auslastung im verarbeitenden Gewerbe 1990 kaum noch steigen und mit 89 vH um einen Prozentpunkt unter dem 1979 erreichten Höchstwert bleiben.

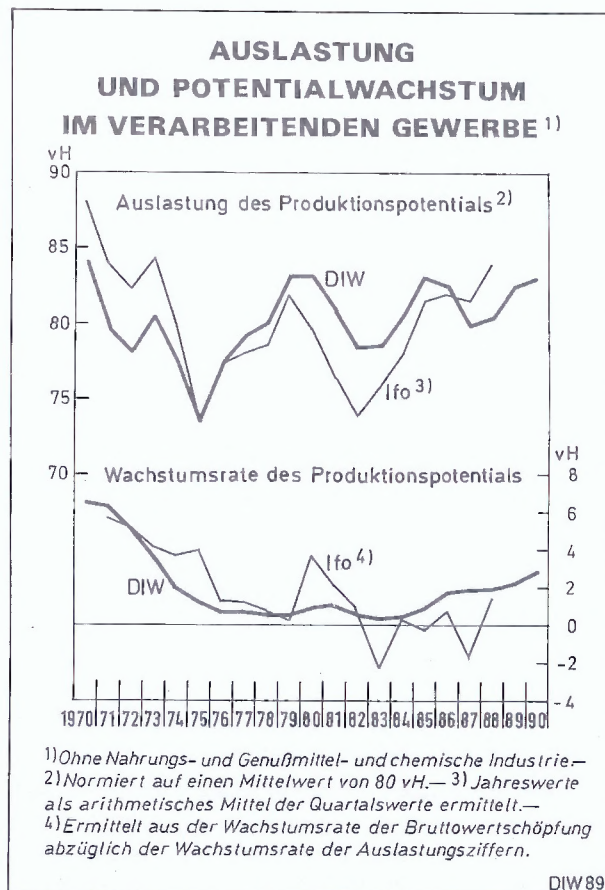
### Vergleich mit den Ergebnissen des Ifo-Konjunkturtests

In der Öffentlichkeit stark beachtet werden die viertel-jährlichen Angaben des Ifo-Konjunkturtests über die Entwicklung der Kapazitätsauslastung. Sie basieren auf hochgerechneten Ergebnissen von Unternehmensbefragungen und beziehen sich auf das verarbeitende Gewerbe ohne das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe und ohne die chemische Industrie. Damit sind sie nur eingeschränkt mit den Ergebnissen der DIW-Potentialrechnung vergleichbar, die sich auf die für das Kalenderjahr geltenden Angaben der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) stützen.

Beschränkt man den Vergleich auf den Berichtskreis des Ifo-Instituts, so ergibt sich das in Abbildung 2 dargestellte Bild. Für diesen Vergleich wurden die vierteljährlichen Angaben von Ifo auf Jahresdurchschnittswerte umgerechnet und die Auslastungsziffern beider Berechnungen auf einen Mittelwert von 80 vH für den Zeitraum 1970 bis 1988 normiert.

Trotz der methodischen Unterschiede beider Berechnungen ist insgesamt eine gute Übereinstimmung festzustellen. In den siebziger Jahren werden in beiden Rechnungen die Jahre 1970, 1973 und 1979 als Jahre einer Höchstauslastung ermittelt. Auch in den Minima von 1972 und 1975 stimmen die Rechnungen überein. Unterschiede zeigen sich im Niveau der jeweiligen Höchstwerte. So wird für das Jahr 1979 aufgrund der Umfragen des Ifo-Instituts eine im Vergleich zu 1973 niedrigere Auslastung ausgewiesen, während die DIW-Potentialrechnung für 1979 zu einem Auslastungsgrad führt, der höher ist als 1973.

Größere Unterschiede sind für die achtziger Jahre zu erkennen. Die DIW-Potentialrechnung weist für 1980



kaum einen Rückgang der Auslastung aus. Die Produktion — in der VGR als reale Bruttowertschöpfung gemessen — und das Produktionspotential wachsen gleich schnell mit der niedrigen Rate von knapp 1 vH. In der Einschätzung der Unternehmen geht dagegen die Auslastung 1980 um mehr als 2 Prozentpunkte zurück. Berücksichtigt man die Produktionsentwicklung, wie sie im Rahmen der VGR ermittelt wird, so impliziert dies einen sprunghaften Anstieg des Potentialwachstums von über 3 vH nach 0,2 vH im Jahr 1979. Nach der Höhe des Produktionspotentials selbst wird im Ifo-Konjunkturtest nicht gefragt.

Auch 1983 stieg die Produktion im verarbeitenden Gewerbe nur wenig. Wegen der geringen Investitionen veränderte sich nach den Berechnungen des DIW das Produktionspotential ebenfalls kaum, die Auslastung blieb daher unverändert. Aus der Sicht der Unternehmen verbesserte sich die Auslastung dagegen um fast 2 Prozentpunkte. Diese Einschätzung impliziert bei der Produktionsentwicklung in diesem Jahr einen Rückgang des Produktionspotentials um 2,5 vH nach einem Anstieg von 1 vH im Jahr zuvor.

Von 1985 bis 1987 kam es nach den Ergebnissen der DIW-Potentialrechnung infolge rückläufiger Produktions-tätigkeit erneut zu einem kräftigen Rückgang der Ausla-

stung. Den Befragungen zufolge gibt es dagegen seit 1982 einen nur in den Jahren 1986/87 unterbrochenen Auslastungsanstieg im verarbeitenden Gewerbe. Bei einem Produktionsrückgang von 2 vH im Jahr 1987 erscheint eine Stagnation des Auslastungsgrades wenig plausibel.

Dieser Vergleich zeigt, daß in der DIW-Potentialrechnung bei vergleichsweise stetiger Entwicklung des Produktionspotentials die Auslastungsschwankungen in erster Linie die Folge von Veränderungen der Produktionsentwicklung sind. Stellt man dagegen die bei den Unternehmen erfragten Auslastungsziffern der Entwicklung der Produktion gegenüber, so zeigt sich eher eine gewisse Parallelität von Auslastungsschwankungen und Potentialentwicklung.

Diese in den achtziger Jahren verstärkt zu beobachtende Unstetigkeit mag zum Teil darauf zurückzuführen sein, daß es sich bei den Befragungen um Stichproben handelt. Möglich ist aber auch, daß die Unternehmen bei der Beantwortung der Frage nach der Auslastung der Kapazitäten nicht nur jene Restriktionen berücksichtigen, die durch die jeweils installierten Produktionsanlagen gegeben sind, sondern auch andere produktionsbeschränkende Einflüsse, z.B. beim Arbeitseinsatz.

Welche quantitative Bedeutung diese Faktoren haben, ist schwer zu beurteilen. Zweifellos hat sich im Zuge der komplexer werdenden Arbeitswelt mit zunehmenden Qualifikationsanforderungen an die Arbeitskräfte auch die Personalpolitik der Unternehmer geändert. Immer mehr besteht die Neigung, Arbeitskräfte auch bei Nachfrageabschwächung durchzuhalten. Trendmäßig geht im verarbeitenden Gewerbe der Anteil der Entlassungen bezogen auf die Beschäftigtenzahlen zurück<sup>8</sup>. Umgekehrt sind die Unternehmen auch bei Neueinstellungen zurückhaltender. Die Gründe hierfür liegen nur zum Teil in einer vorsichtigeren Einstellungspraxis.

Angesichts eines in Teilbereichen unzureichenden Angebots an qualifizierten Arbeitskräften erhalten die in den Betrieben zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte aus der Sicht der Unternehmen tendenziell eine ähnliche Bedeutung wie die installierten Anlagen. Dies könnte dazu führen, daß sich die Unternehmen bei der Einschätzung der Kapazitätsauslastung — unter Berücksichtigung des Umfangs der möglichen Überstundenarbeit — auch an der Zahl der beschäftigten Arbeitskräfte orientieren, dem betrieblichen Arbeitspotential also.

Ist die Möglichkeit, Überstunden anzusetzen, weitgehend ausgeschöpft, wächst die Neigung, von hoher Kapazitätsauslastung zu sprechen. Ein solcher Fall kann aber auch eintreten, wenn vorhandene Arbeitsplätze unbesetzt bleiben und die Unternehmen sich scheuen — aus welchen Gründen auch immer — zusätzliche Arbeitskräfte einzustellen. Legt man die Unternehmensbefragungen zugrunde, so zeigt sich eine sehr hohe Korrelation zwischen dem Anteil der Unternehmen mit Überstundenarbeit und dem erfragten Auslastungsgrad. Der starke Widerstand der Unternehmen gegen weitere Verkürzungen der wöchentlichen Arbeitszeit und die Forderung nach stärkerer Flexibilisierung der Arbeitszeiten weisen ebenfalls darauf hin, daß in zunehmenden Maße Engpässe beim Produktionsfaktor Arbeit gesehen werden.

Eine so begründete Einschätzung der Produktionskapazitäten kann allerdings nur sehr kurzfristig gelten. Begrenzungen der Produktionsmöglichkeiten durch ein unzureichendes Arbeitspotential kann es nur geben, wenn es den Unternehmern nicht möglich ist, Arbeitskräfte auf dem Arbeitsmarkt zu finden. Dies trifft gegenwärtig aber nur begrenzt zu. Über Arbeitskräftemangel klagten 1988 nach Ifo mit knapp 4 vH sehr viel weniger der befragten Unternehmen als in anderen Phasen hoher Auslastung. 1979 sahen 11 vH der Unternehmen Produktionsbehinderungen durch Arbeitskräftemangel. 1970 lag dieser Wert bei 35 vH.

Die Restriktionen für Neueinstellungen liegen offenbar eher bei einem veränderten Einstellungsverhalten der Unternehmen. Wenn es bei der hohen Arbeitslosigkeit heute als schwieriger eingeschätzt wird, qualifizierte Arbeitskräfte zu finden, als zu Zeiten eines leergefegten Arbeitsmarktes in den sechziger Jahren, dann hat dies sicherlich auch etwas mit den höher geschraubten Erwartungen zu tun. Offensichtlich waren die Unternehmen in den sechziger Jahren meist froh, überhaupt eine Arbeitskraft zu finden, und in hohem Maße bereit, Arbeitskräfte im Betrieb zu qualifizieren, während sie heute sehr viel wählerischer sind und manchmal sogar auch für angelernte Tätigkeiten eine Facharbeiterqualifikation fordern. Äußerungen, die abstellen auf Schwierigkeiten, das Arbeitspotential aufzustocken, sollten daher nicht als Hinweise auf Kapazitätsengpässe verstanden werden.

<sup>8</sup> Vgl. Bernd Görzig u.a.: Investitionen, Beschäftigung und Produktivität, a.a.O., S. 192.

## Geringfügige Beschäftigung

### Eine Reform

#### der gesetzlichen Regelungen ist wirtschafts- und sozialpolitisch sinnvoll

*Die Zahl Beschäftigter mit einer wöchentlichen Arbeitszeit unter 15 Stunden betrug 1988 nach den hochgerechneten Ergebnissen des Sozio-ökonomischen Panels 2,1 Millionen, davon 1,5 Millionen Frauen. Der weitaus überwiegende Teil dieser Beschäftigungen ist sozialversicherungsfrei, und die Lohnnebenkosten sind entsprechend niedriger. Rechnet man die Nebentätigkeiten hinzu, die als Zweitbeschäftigungen ausgeübt werden, dann gab es 1988 rund 4 Millionen marginale Beschäftigungsverhältnisse.*

*Mit den Längsschnittdaten des Sozio-ökonomischen Panels ist ferner zu belegen, daß pro Jahr für etwa eine Million Ehefrauen durch geringfügige sozialversicherungsfreie Beschäftigung Lücken in den Rentenanwartschaften entstehen. Eine genauere Analyse der Tätigkeiten, die von geringfügig Beschäftigten ausgeübt werden, zeigt, daß eine Abschaffung der Geringfügigkeitsgrenzen in der Sozialversicherung nicht im Widerspruch zu arbeitsmarktpolitischen Zielen stehen würde, wie dies oft in der Diskussion behauptet wird. Da die meisten dieser Tätigkeiten aus einer modernen Dienstleistungsgesellschaft nicht mehr wegzudenken sind, würde die Verteuerung der geringfügigen Beschäftigung durch Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung kaum zu einem Wegfall der Arbeitsplätze führen. Es ist zwar damit zu rechnen, daß dann zum Teil derartige Tätigkeiten aufgegeben, aber zusätzlich Teil- und Vollzeitarbeitsplätze mit höheren Wochen-Stundenzahlen geschaffen würden.*

#### Empirie der geringfügigen Beschäftigung

Geringfügige Beschäftigung nach dem Sozialgesetzbuch liegt vor, wenn die Beschäftigung weniger als 15 Stunden in der Woche ausgeübt wird und das Arbeitsentgelt regelmäßig 450 DM (1989) im Monat nicht überschreitet. Mit dem Erwerbskonzept der amtlichen Statistik werden geringfügige Beschäftigungsverhältnisse systematisch unterschätzt<sup>1</sup>. Viele geringfügig Beschäftigte geben diese Tätigkeit nicht als Haupterwerbstätigkeit an, sondern sie empfinden sich als Nicht-Erwerbstätige; sie machen nur eine Angabe, wenn man sie nach Nebentätigkeit fragt<sup>2</sup>. Mit dem Sozio-ökonomischen Panel liegt eine Umfrage vor, in der entsprechende Fragen gestellt und jährlich bei denselben Personen wiederholt werden, so daß Zeitvergleiche möglich sind<sup>3</sup>.

Grundlage der Stichproben, auf der Tabelle 1 basiert, sind alle Erwerbstätigen. Bei einem Vergleich der Ergebnisse des Sozio-ökonomischen Panels mit dem Mikrozensus muß beachtet werden, daß die bislang üblichen Tabellierungen aus dem Mikrozensus Wochen-Arbeitszeiten von 1 bis 20 Stunden zusammenfassen, so daß nicht nur geringfügig Beschäftigte, sondern auch regulär Teilzeitarbeitende erfaßt werden. Der mit dem Mikrozensuskonzept ermittelte Erwerbsstatus im Sozio-ökonomischen Panel beruht auf den Angaben der Befragten zur vereinbarten wöchentlichen Arbeitszeit. Danach ist die Anzahl der Beschäftigten, die eine Arbeitszeit zwischen einer und 20 Wochenstunden angeben, um 30 vH höher als im Mikrozensus. Das liegt daran, daß gelegentliche und geringfügige Beschäftigung im Panel explizit erfragt werden. In einem erweiterten Konzept werden darüber hinaus diejenigen Personen berücksichtigt, deren Er-

werbstätigkeit ausschließlich als Nebentätigkeit ermittelt wurde. Gegenüber den Mikrozensuszahlen verdoppelt

<sup>1</sup> Vgl. dazu Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Sozialversicherungsfreie Beschäftigung, Sozialforschung 181, Bonn 1989, bearbeitet vom Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik; für einen Vergleich der im Text dargestellten Ergebnisse des Sozio-ökonomischen Panels und der ISG-Ergebnisse vgl. Johannes Schwarze und Gert Wagner, Geringfügige Beschäftigung — Empirische Befunde und Reformvorschläge, in: Wirtschaftsdienst 1989/Heft 4, S. 184-191.

<sup>2</sup> Vgl. dazu Johannes Schwarze, Nebenerwerbstätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland — Umfang und Ursachen von Mehrfachbeschäftigung und Schattenwirtschaft, Frankfurt, New York 1990, S. 19-33. Im Bereich der amtlichen Statistik wird angenommen, daß der Bereich „geringfügiger Beschäftigung“ — auch nicht durch Hinzuziehung der zweiten Erwerbstätigkeit — volumenmäßig durch das Erwerbskonzept des Mikrozensus nicht abgedeckt werden kann (vgl. Hans-Joachim Heidenreich: Erwerbstätigkeit im April 1988. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 7/89, S. 336 f.). So verwundert es auch nicht, daß die Arbeitsstättenzählung am 25. Mai 1987 4,4 Millionen Teilzeitbeschäftigte zählte, wohingegen das personenbezogene Erwerbskonzept sowohl des Mikrozensus als auch der Volkszählung im gleichen Jahr lediglich rund 3,1 Millionen Teilzeitbeschäftigte erfaßte (vgl. Christiane Krüger-Hemmer und Bernhard Veldhues: Strukturergebnisse der Arbeitsstättenzählung vom 25. Mai 1987. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 7/89, S. 429). Seit 1989 wird im Rahmen des Mikrozensus ein neues Befragungskonzept benutzt, dessen Ergebnisse bislang noch nicht vorliegen.

<sup>3</sup> Das Sozio-ökonomische Panel wird vom Sonderforschungsbereich 3 der Universitäten Frankfurt und Mannheim zusammen mit dem DIW durchgeführt. Die Feldarbeit obliegt Infratest Sozialforschung München. Zur Repräsentativität vgl. Christof Helberger, Die Struktur der Erwerbstätigen im Sozio-ökonomischen Panel im Vergleich mit der amtlichen Erwerbsstatistik, in: Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Bd. 108, 1988, S. 227-246.

Tabelle 1

Erwerbstätige nach dem Mikrozensus und dem Sozio-ökonomischen Panel 1987 und 1988  
in 1000

	1987			1988		
	Mikrozensus (MZ)	Panel nach Mikrozensus-konzept	Panel-erweitertes Konzept <sup>1)</sup>	Mikrozensus (MZ)	Panel nach Mikrozensus-konzept	Panel-erweitertes Konzept <sup>1)</sup>
Erwerbstätige insgesamt	27 083	27 370	28 972	27 366	27 736	29 243
Selbständige <sup>2)</sup>	3 082	3 175	3 175	3 061	3 185	3 185
Abhängige <sup>3)</sup>	24 001	24 195	25 549	24 305	24 551	25 741
davon mit einer Wochenarbeitszeit von						
1 bis 20 Stunden	1 752	2 270	3 287	1 889	2 412	3 229
21 bis 35 Stunden	1 380	1 820	1 959	1 416	1 929	2 039
36 bis 39 Stunden	4 958	5 053	5 070	5 694	5 806	5 806
40 u.m. Stunden	15 815	14 747	14 769	15 305	14 045	14 089
keine AZ-Angabe		305	464		359	578

1) Hier sind zusätzlich zum Mikrozensuskonzept die Personen berücksichtigt, die Erwerbstätigkeit ausschließlich als Nebentätigkeit angegeben haben. — 2) Einschließlich mithelfende Familienangehörige. — 3) Arbeiter, Angestellte, Beamte und Auszubildende.

Quellen: Bettina Sommer, Erwerbstätigkeit im April 1987. In: Wirtschaft und Statistik. Heft 8/88, S. 513-523. Hans-Joachim Heidenreich, a.a.O. Das Sozio-ökonomische Panel, Welle 4 und 5 (1987 und 1988, Querschnittsdatensatz, Berechnungen des DIW).

sich dadurch die Zahl derjenigen, die eine Arbeitszeit bis zu 20 Wochenstunden angeben.

Für die Gruppe der Nebenerwerbstätigen läßt sich allerdings die berufliche Stellung nicht explizit ermitteln. Aus anderen Untersuchungen ist bekannt, daß sich 48 vH aller Nebenerwerbstätigen als abhängig beschäftigt verstehen, 19 vH geben eine selbständige Beschäftigung an. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß jeder dritte Nebenerwerbstätige seiner Tätigkeit keine berufliche Stellung zuordnen kann<sup>4</sup>. Dieser Befund stützt die These von der zunehmenden Bedeutung von „Scheinselbständigkeit“. Für die Beurteilung, ob Sozialversicherungspflicht vorliegt, ist die bürgerlich-rechtliche Beurteilung des Vertragsverhältnisses indessen nicht von Bedeutung. Unselbständige Beschäftigung ist nach der Festlegung des Bundessozialgerichts allein durch die persönliche Abhängigkeit des Arbeitnehmers vom Arbeitgeber, also durch die Weisungsbindung, definiert.

Das zweite entscheidende Kriterium, an das Sozialversicherungsfreiheit geknüpft ist, ist die Höhe des monatlichen Bruttoeinkommens, das eine bestimmte Grenze (1988 440 DM, 1987 430 DM) nicht übersteigen darf<sup>5</sup>. Diese Regelung ist in der Praxis komplizierter, als es auf den ersten Blick erscheint, da die kritische monatliche Einkommensgrenze — bei Einhaltung der Arbeitszeit —

solange überschritten werden darf, bis ein Sechstel des Gesamteinkommens erreicht ist. Das Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (ISG) weist daher im Rahmen seiner Studie zur sozialversicherungsfreien Beschäftigung darauf hin, daß eine Nachprüfung dieser Regelung mit der Umfrageforschung nur schwer möglich ist<sup>6</sup>. Wenn im folgenden von geringfügiger Beschäftigung gesprochen wird, ist im Auge zu behalten, daß es sich dabei um ein Potential handelt. Auf überwiegend versicherungsfreie Tätigkeiten weist der Befund hin, daß die Verteilung der wöchentlichen Arbeitszeiten an der entscheidenden Schwelle zwischen 14 und 15 Stunden einen deutlichen Einschnitt aufweist.

Mit dem Anstieg der abhängigen Beschäftigung (Arbeiter, Angestellte, Beamte; ohne Auszubildende) vom

<sup>4</sup> Vgl. dazu Johannes Schwarze a.a.O., S. 110 f.

<sup>5</sup> Zu erwähnen ist auch die kurzfristige Beschäftigung, die sozialversicherungsfrei ist, wenn sie innerhalb eines Jahres seit ihrem Beginn auf längstens zwei Monate oder 50 Arbeitstage nach ihrer Eigenart begrenzt ist und ihr Entgelt die angegebenen Grenzen nicht übersteigt. Es ist anzunehmen, daß diese Beschäftigungsverhältnisse im Sozio-ökonomischen Panel nur zum Teil erfaßt sind.

<sup>6</sup> Vgl. dazu Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, a.a.O.

Tabelle 2

**Geringfügige Beschäftigung  
1987 und 1988**

	1987		1988	
	vH	1000	vH	1000
Alle abhängig Beschäftigten <sup>1)</sup>	100	23 540	100	23 776
davon mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von				
35 Stunden u.m.	78,0	18 358	77,5	18 432
15 bis 34 Stunden	13,3	3 128	13,5	3 204
1 bis 14 Stunden	8,7	2 054	9,0	2 141
Arbeitszeit bis 14 Stunden, darunter:				
Frauen	14,8 <sup>2)</sup>	1422	16,2 <sup>2)</sup>	1 578
davon:				
verheiratet	18,1	1 085	19,5	1 188
nicht verheiratet	9,4	337	10,6	389
Überwiegend ausgeübte Tätigkeit, davon:				
Schüler/Studenten	19,3	398	15,8	339
arbeitslos gemeldet	6,2	128	7,9	150
haushaltsführend	62,5	1 283	67,2	1 438
Rentner	12,0	246	9,9	213
<sup>1)</sup> Arbeiter, Angestellte und Beamte; ohne Auszubildende. Zusätzlich Personen, die Erwerbstätigkeit ausschließlich als Nebentätigkeit angegeben haben. — <sup>2)</sup> Quoten. <i>Quellen:</i> Das Sozio-ökonomische Panel, Welle 4 und Welle 5 (1987-1988), Querschnittsdatensatz, Berechnungen des DIW.				

Jahre 1987 zum Jahre 1988 hat die Zahl der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse mit rund 87 000 etwas mehr zugenommen als die der Vollzeit- und Teilzeitarbeitsplätze (vgl. Tabelle 2). Der Anteil von geringfügig Beschäftigten an allen abhängig Beschäftigten ist dadurch von 8,7 vH im Jahre 1987 auf 9,0 vH im Jahre 1988 gestiegen. Insgesamt wurden für 1988 mithilfe der Stichprobe 2,1 Millionen geringfügig Beschäftigte ermittelt<sup>6)</sup>.

Der größte Teil dieser Beschäftigten sind Frauen, darunter rund ein Viertel nicht-verheiratete Frauen. Für die meisten der geringfügig beschäftigten Frauen sind Sicherungslücken in der Altersvorsorge zu konstatieren.

**Individueller Verlauf geringfügiger Erwerbstätigkeit**

In Tabelle 3 wird für alle Frauen im erwerbsfähigen Alter — differenziert nach deren Erwerbsstatus 1987 — die Veränderung im Erwerbsstatus zum Zeitpunkt der Wiederholungsbefragung 1988 ausgewiesen. Von reichlich 20 Millionen Frauen im erwerbsfähigen Alter waren nach den

hochgerechneten Ergebnissen der Stichprobe des Sozio-ökonomischen Panels 1987 knapp 1,1 Millionen ausschließlich geringfügig beschäftigt, was einem Anteil von 5,3 vH entspricht<sup>9)</sup>. 1988 stieg dieser Anteil leicht auf 5,6 vH an. Von den 1987 geringfügig beschäftigten Frauen übten im Jahr 1988 jedoch lediglich 41 vH immer noch oder wiederum eine solche Beschäftigung aus. Hier besteht also eine erhebliche Fluktuation; annähernd 1,8 Millionen Frauen nahmen entweder 1987 oder 1988 eine geringfügige Beschäftigung wahr. Die Betroffenheit von marginalen Beschäftigungsformen war also weit stärker verbreitet, als bei einer reinen Querschnittsanalyse zum Ausdruck kommt. Sozialversicherungspflichtige Teilzeit- und insbesondere Vollzeitbeschäftigungsverhältnisse von Frauen dagegen weisen eine wesentlich höhere zeitliche Stabilität auf.

Rund zwei Drittel aller Frauen im erwerbsfähigen Alter sind verheiratet. Die Erwerbsbeteiligung verheirateter Frauen ist zwar deutlich niedriger, der Anteil verheirateter Frauen, die einer geringfügigen Beschäftigung nachgehen, war aber sowohl 1987 als auch 1988 mit rund 6 1/2 vH deutlich höher als der Durchschnitt.

**Einkommenssituation der Haushalte**

In mehr als vier Fünftel aller Haushalte, in denen die Ehefrau einer geringfügigen Beschäftigung nachgeht, übt der Ehemann zugleich eine Vollzeitberufstätigkeit aus (vgl. Tabelle 3). Das Einkommen der Ehefrau bildet in diesen Zweifachverdienerhaushalten vielfach einen not-

<sup>7)</sup> Es liegt im Charakter von Wiederholungsbefragungen, daß Zuwanderer, die nicht in einen bereits bestehenden Privathaushalt ziehen, nicht erfaßt werden. Im Hinblick auf Asylbewerber ist dies gegenwärtig noch nicht problematisch, da diese nicht erwerbstätig sein dürfen und die Zahl der „Schwarzarbeiter“ aus diesem Potential gesamtwirtschaftlich keine Rolle spielen kann. Bedeutsamer ist die insbesondere in den letzten Monaten gestiegene Zahl von Aus- und Übersiedlern, die nicht erfaßt werden können. Für das Jahr 1988 spielen sie jedoch noch keine so bedeutende Rolle. Freilich muß man für das Jahr 1989 damit rechnen, daß überdurchschnittlich viele Zuwanderer geringfügige Beschäftigungsverhältnisse als „Einstieg“ in den bundesdeutschen Arbeitsmarkt benutzen. Es kann nicht ausgeschlossen werden, daß Zuwanderern solche Arbeitsverhältnisse in Unkenntnis der damit verbundenen Nachteile (insbesondere der fehlenden Arbeitslosenversicherung) wählen.

<sup>8)</sup> Handelt es sich bei der in Fußnote 2 erwähnten Differenz zwischen Mikrozensus und Arbeitsstättenzählung um geringfügig Beschäftigte (1,3 Millionen), dann bewegt sich die Schätzung auf Grundlage des Sozio-ökonomischen Panels durchaus in der richtigen Größenordnung, wenn man die Beschäftigten in Privathaushalten berücksichtigt. Diese werden naturgemäß durch die Arbeitsstättenzählung nicht erfaßt. Das ISG schätzt deren Umfang aber auf ca. 600 000 Beschäftigungsverhältnisse.

<sup>9)</sup> Die Anzahl der Frauen in beiden Querschnittsbetrachtungen für die Jahre 1987 und 1988 ist jeweils etwas größer, da dazu auch Fälle eingehen, für die nicht zwei Beobachtungen vorliegen.

Tabelle 3

— Erwerbsstatus von (verheirateten) Frauen<sup>1)</sup> im erwerbsfähigen Alter 1987 —  
ein Jahr später sowie nach Einkommenssituation

	Erwerbsstatus 1987 — Frauen insgesamt						Erwerbsstatus 1987 — verheiratete Frauen, die mit Partner zusammenleben					
	Nichterwerbstätig	Geringfügig <sup>2)</sup> beschäftigt	Abhängig <sup>3)</sup> erwerbstätig Vollzeit	Abhängig erwerbstätig Teilzeit <sup>4)</sup>	Sonstige <sup>5)</sup> Erwerbstätige	Insgesamt	Nichterwerbstätig	Geringfügig beschäftigt	Abhängig erwerbstätig Vollzeit	Abhängig erwerbstätig Teilzeit	Sonstige Erwerbstätige	Insgesamt
Insgesamt in 1000	9 085	1 080	5 237	2 835	2 009	20 219	6 990	873	2 341	2 258	1 064	13 526
Insgesamt in vH	44,8	5,3	25,9	14,0	9,9	100,0	51,6	6,4	17,3	16,7	7,9	100,0
<b>Erwerbsstatus 1988</b>	in vH											
Nichterwerbstätig	38,2	1,6	2,4	1,6	1,1	44,9	44,9	1,7	2,1	1,8	1,1	51,9
Geringfügig beschäftigt	2,1	2,2	0,4	0,6	0,2	5,6	2,5	2,9	—	0,8	0,3	6,5
Abhängig erwerbstätig Vollzeit	1,5	0,2	21,9	1,2	1,3	26,2	0,8	0,2	14,0	1,0	0,1	15,4
Abhängig erwerbstätig Teilzeit	1,7	0,8	0,8	10,4	0,4	14,2	2,2	1,2	0,9	12,7	0,4	18,0
Sonstige Erwerbstätige	1,2	0,5	0,3	0,2	6,9	9,1	1,3	0,5	0,3	0,3	5,9	8,3
nachrichtlich darunter: Erwerbsstatus 1987 und 1988 gleich	in vH											
	85,2	41,0	84,6	74,1	69,2	79,6	86,9	45,0	80,7	76,5	75,0	80,4
	in 1 000											
Geringfügig beschäftigt im Jahre 1987 und/oder 1988	433	1 080	88	126	50	1 776	332	873	6	113	43	1 367
<b>Erwerbsstatus des Ehepartners</b>	in vH											
Vollerwerbstätig	—	—	—	—	—	—	70,6	82,5	84,4	86,9	94,8	78,3
Arbeitslos gemeldet	—	—	—	—	—	—	3,5	4,3	2,4	1,9	1,7	3,0
Sonstige	—	—	—	—	—	—	25,9	13,2	13,2	11,2	3,5	18,7
<b>Durchschnittliches monatliches Haushaltsnetto- Pro-Kopfeinkommen</b>	in vH											
unter 500 DM	10,1	5,7	1,2	2,1	3,7	5,8	9,9	5,4	2,3	1,0	1,6	6,2
500 bis unter 750 DM	19,7	20,9	6,3	14,9	21,3	15,7	22,1	22,6	4,4	13,6	22,9	17,7
750 bis unter 1 000 DM	21,9	34,7	14,4	15,9	22,1	19,8	22,5	33,2	21,2	17,9	22,3	22,2
1 000 bis unter 1 250 DM	17,3	19,8	13,4	23,4	19,4	17,5	17,9	21,4	11,9	24,3	20,6	18,4
1 250 bis unter 1 500 DM	12,9	8,1	14,0	16,3	8,3	13,0	12,5	6,9	11,8	17,1	6,7	12,3
1 500 bis unter 1 750 DM	8,8	4,5	17,1	11,6	8,7	11,1	6,5	4,8	17,8	11,5	6,2	9,2
1 750 bis unter 2 000 DM	3,7	1,8	13,6	2,7	4,1	6,1	3,4	2,2	12,0	3,4	5,2	4,9
2 000 DM und mehr	5,6	4,5	20,0	13,3	12,4	11,0	5,2	3,6	18,6	11,3	14,5	9,2
<b>Durchschnittlicher monatlicher DM-Betrag pro Kopf</b>	in DM											
	1 057	1 001	1 575	1 307	1 322	1 251	1 019	976	1 580	1 300	1 353	1 186

1) Frauen im Alter von 17 bis unter 65 Jahren (1987). — 2) Abhängig beschäftigte mit vereinbarter Wochenarbeitszeit bis 14 Stunden oder überwiegend Nichterwerbstätige mit einer Nebentätigkeit bis 14 Stunden pro Woche. — 3) Arbeiterinnen, Angestellte, Beamtinnen mit vereinbarter Wochenarbeitszeit von 35 und mehr Stunden ohne Auszubildende. — 4) Arbeiterinnen, Angestellte, Beamtinnen mit vereinbarter Wochenarbeitszeit von 15 bis 34 Stunden ohne Auszubildende. — 5) Selbständige, mithelfende Familienangehörige, Auszubildende.

Quellen: Das Sozio-ökonomische Panel, Welle 4 und Welle 5 (1987-1988). — Längsschnittdatensatz; Berechnungen des DIW.

Tabelle 4

**Struktur der Tätigkeitsbereiche der geringfügig Beschäftigten in der Nebenerwerbstätigkeit**  
Angaben in vH

Tätigkeitsbereich	Nebentätigkeiten von Mehrfachbeschäftigten	Tätigkeiten ausschließlich geringfügig Beschäftigter		
		Insgesamt	Männer	Frauen
Landwirtschaft	11,0	5,8	4,3	6,8
Produzierendes Gewerbe	34,7	18,3	30,4	9,8
Handwerkliche Arbeiten	19,2	7,9	18,5	0,4
Baubereich	12,9	4,5	10,9	—
Güterherstellung	2,6	5,9	1,0	9,4
Dienstleistungen	54,3	75,9	65,3	83,4
Soziale Dienste	12,8	26,4	13,5	35,5
Pflege und Betreuung	7,7	17,1	5,1	25,6
Unterricht und Erziehung	5,1	9,3	8,4	9,9
Andere	41,5	49,5	51,8	47,9
Vertreten, Verkaufen	9,0	9,2	10,8	8,2
Gastronomie	5,1	5,0	2,5	6,8
Bürotätigkeit	4,9	4,6	3,5	5,3
Fahrer, Bote u.a. (z.B. Taxi)	8,0	16,8	29,2	8,1
Reinigungstätigkeit	6,6	9,8	1,1	16,0
Sonstige	7,9	4,1	4,7	3,5
Insgesamt	100	100	100	100

*Quellen:* Nebenerwerbstätigkeitsumfrage des Sonderforschungsbereichs 3 1984, Berechnungen des DIW.

wendigen Zusatzverdienst. Denn das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen lag bei 28 vH der Haushalte mit Frauen, die geringfügig beschäftigt waren, unter 750 DM netto im Monat; nur halb so hoch ist dieser Anteil bei Haushalten, in denen die Frau eine sozialversicherungspflichtige Teilzeitbeschäftigung ausübt. Soweit Frauen einer Vollerwerbstätigkeit nachgingen, betrug dieser Anteil knapp 7 vH.

**Bedeutung für die Wirtschafts- und Sozialpolitik**

Aus verschiedenen Gründen wird gefordert, die rechtlichen Regelungen, welche geringfügige Beschäftigung begründen, abzuschaffen. Zur Absicherung sozialer Risiken sollten auch bei geringen Wochenarbeitszeiten Sozialversicherungsansprüche, insbesondere in der Rentenversicherung, aufgebaut werden. Arbeitsmarktpolitisch sollte der arbeitsrechtliche Schutz bei geringfügigen Wochenstundenzahlen verbessert werden. Schließlich zähle das wettbewerbspolitische Argument der indirekten Lohnsubvention, da ja Betriebe geringfügige Beschäftigung verbilligt nachfragen können. Bei einer Abschaffung der entsprechenden Regelungen würden durch den Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung die Lohnkosten höher, während durch die gleichzeitige Zahlung des Arbeitnehmerbeitrags die Nettoeinkünfte der Beschäftigten geringer ausfielen. Die weiteren ökonomischen Konse-

quenzen dieser Änderung werden im folgenden diskutiert.

Den Forderungen, die Geringfügigkeitsgrenze bis auf wenige Ausnahmen abzuschaffen<sup>10</sup>, wird oft entgegen gehalten, daß dies negative "Arbeitsmarktkonsequenzen hätte, weil mit der dann bestehenden Sozialversicherungspflicht die Lohnnebenkosten stiegen und diese Beschäftigungsverhältnisse sich nicht mehr lohnten.

Für die Einschätzung der Reaktionen der Arbeitgeber auf eine Abschaffung der Geringfügigkeitsgrenze ist es wichtig, die Struktur des Angebots näher zu untersuchen. Hier sind Tätigkeiten zu unterscheiden, die aufgrund ihrer „technologischen Struktur“ mit geringen Tagesarbeitszeiten verbunden sind, und solche, die nur zur Deckung eines Spitzenbedarfes nachgefragt werden, also als Alternative zu Überstunden anzusehen sind.

**Ausgeübte Tätigkeiten vielfach unverzichtbar**

Bestimmte Dienstleistungen, wie morgendliches Zeitungsaustragen, Reinigen von Büroräumen, Kinderbetreuung oder Taxifahren in Spitzenbedarfszeiten, können nur mit einer kurzen täglichen Beschäftigungsdauer reali-

<sup>10</sup> Vgl. für einen Überblick über Reformvorstellungen und deren Bewertung Johannes Schwarze und Gert Wagner, a.a.O., S. 190 f.

Tabelle 5  
**Geringfügige Zweitbeschäftigung nach Stellung  
 im Hauptberuf 1987 und 1988**

	1987		1988	
	Anteile vH	1000	Anteile vH	1000
Personen mit einer geringfügigen Zweitbeschäftigung nach der beruflichen Stellung in der Haupterwerbstätigkeit:				
Arbeiter	6,4	602	5,8	537
Angestellte	6,0	627	6,9	751
Beamte	12,8	303	11,9	281
Selbständige	7,2	230	4,7	150
Auszubildende	13,2	262	14,7	286
Insgesamt	7,4	2 024	7,2	2 005
<i>Quellen:</i> Das Sozio-ökonomische Panel, Welle 4 und Welle 5 (1987-1988), Querschnittsdatensatz, Berechnungen des DIW.				

siert werden. Derartige Dienstleistungen sind aus dem heutigen Leben nicht wegzudenken, die Preiselastizität ihrer Nachfrage ist entsprechend gering einzuschätzen. Eine Aufhebung der Geringfügigkeitsgrenze und die damit einhergehende Kostensteigerung für die Unternehmen dürfte daher kaum negative Konsequenzen für die Nachfrage nach sich ziehen. Gut drei Viertel der ausschließlich geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse sind in diese Kategorie einzuordnen<sup>11</sup> (vgl. Tabelle 4). Schwieriger einzuschätzen ist die Reaktion bei dem prinzipiell substituierbaren geringfügigen Beschäftigungspotential, welches vor allem im Bereich des produzierenden Gewerbes angesiedelt werden muß.

**Zum Flexibilitätsargument**

Dem Argument, daß geringfügige Beschäftigung als flexibles Arbeitskräftepotential unabdingbar sei, ist die Frage entgegenzusetzen, warum flexibel einsetzbare Arbeit vergleichsweise kostengünstiger sein soll als „Normalarbeitszeit“. Wenn Menschen Regelmäßigkeit vorziehen (dies wird z.B. ganz deutlich bei der Diskussion um die kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit), ist eine unregelmäßige, nicht absehbare Beschäftigung zur Abdeckung von Spitzenbedarf nicht geringer, sondern höher zu entlohnen. Überstunden, mit denen ein großer Teil betrieblichen Spitzenbedarfs abgedeckt wird, sind dafür ein Beispiel.

Es ist natürlich nicht auszuschließen, daß ein bestimmtes Angebot überhaupt erst durch die Regelungen zur geringfügigen Beschäftigung entstanden ist. Dies gilt für junge, hoch innovative Unternehmen (z.B. Software-

Firmen oder Ingenieurbüros). Die indirekte Lohnsubventionierung, die die geringfügige Beschäftigung darstellt, kann hier hilfreich sein. Dies begünstigt aber nicht nur neu gegründete Unternehmen, sondern ganze Branchen und Betriebe, die aufgrund ihrer technologischen und qualifikatorischen Anforderungen solche Tätigkeiten nachfragen. Derartige Wettbewerbsverzerrungen sollten nicht perpetuiert werden, zumal sie — wie oben ausgeführt — sozialpolitische Probleme aufwerfen. Die Öffnung der innerdeutschen Grenze könnte die Wettbewerbsverzerrung noch verstärken, wenn Zuwanderer und Grenzgänger aus der DDR vermehrt „unterwertige“ Arbeit in Form geringfügiger Beschäftigung annehmen.

**Insgesamt keine negativen Beschäftigungseffekte**

Die Abschaffung der Kostenersparnisse bei geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen kann für das Arbeitsangebot Effekte verschiedener Art induzieren. Prinzipiell sind zwei betroffene Gruppen von Erwerbstätigen zu unterscheiden: Zum einen ausschließlich geringfügig Beschäftigte und zum anderen Mehrfachbeschäftigte, also Personen, die zusätzlich zu einer Voll- oder Teilzeitbeschäftigung einer geringfügigen Nebenerwerbstätigkeit nachgehen. Ein Teil der ausschließlich geringfügig beschäftigten Frauen würde bei einer Abschaffung der Geringfügigkeitsgrenze das Arbeitsangebot ausweiten, da sie den Hinzuverdienst benötigen (vgl. dazu die Ergebnisse in Tabelle 3). Ohne die künstliche Obergrenze von 450 DM im Monat würden wahrscheinlich viele Unternehmen entsprechende Arbeitsplätze nicht zeitlich beschränken. Andere Frauen wiederum würden ihr Arbeitsangebot wahrscheinlich deutlich einschränken. Dies hängt mit dem „Ehegattensplitting“ im Steuerrecht zusammen, das dem „Alleinverdiener“ den größten Vorteil bringt und Frauen am Aufbau eigener Rentenansprüche hindert.

Gleichwohl würde die Abschaffung der Geringfügigkeitsgrenze selbst bei einer parallelen Reform des Steuerrechtes wahrscheinlich zu einer Einschränkung des Arbeitsangebotes mehrfach Beschäftigter führen, da die durchschnittliche Belastung des Gesamteinkommens eher steigen würde. Einkommen aus Zweitbeschäftigung würden dann eine ähnliche Behandlung erfahren wie etwa die Vergütung von Überstunden. Aus arbeitsmarktpolitischer Sicht ist dies vor allem im Hinblick auf bereits vollzeitbeschäftigte nebetätige Personen zu begrüßen. Tabelle 5 zeigt, daß immerhin rund zwei Millionen Beschäftigte einer geringfügigen Nebentätigkeit nachgehen.

Wahrscheinlich würden von dieser Einschränkung des Arbeitsangebotes sowohl bisher ausschließlich geringfügig Beschäftigte als auch erwerbslose Personen

<sup>11</sup> Vgl. für die Nebenerwerbstätigkeitsumfrage des Sonderforschungsbereichs 3, aus der diese Ergebnisse gewonnen wurden, Johannes Schwarze a.a.O., S. 34-36.

profitieren<sup>12</sup>. Dieser Aspekt ist umso interessanter, als es sich bei dem potentiell zur „Umverteilung“ zur Verfügung stehenden Arbeitspotential zu einem großen Teil um weniger qualifizierte Tätigkeiten handelt (vgl. Tabelle 5). Werden diese Arbeitsplätze frei, könnte in der Tat Arbeitslosen, insbesondere auch Langzeitarbeitslosen, geholfen sein.

### Fazit

Faßt man die Ergebnisse zusammen, so sprechen wettbewerbs- wie sozial- und arbeitsmarktpolitische Gründe für eine weitgehende Abschaffung der Vorschriften über geringfügige Beschäftigung. Nicht zuletzt gilt es, auch Zuwanderer aus Osteuropa und speziell Pendler aus der DDR vor Selbstausbeutung zu schützen. Die vielfach vermuteten negativen Beschäftigungseffekte einer Abschaffung der Geringfügigkeitsgrenze sind vor allem deswegen nicht zu erwarten, da es sich überwiegend um Tätigkeiten handelt, die aus einer modernen Gesellschaft nicht mehr wegzudenken sind. Die Abschaffung der Bestimmungen zur Geringfügigkeit wäre ein

Schritt in Richtung auf die eigenständige soziale Sicherung für Frauen<sup>13</sup>.

<sup>12</sup> Unter diesem Gesichtspunkt ist bereits über ein Verbot von Mehrfachbeschäftigungen nachgedacht worden (vgl. dazu Peter de Gijssel und Jörg Münstermann, Der verschleierte Arbeitsmarkt in ausgewählten Ländern der EG, Dortmund 1981, S. 263 f.). Die hier skizzierte Lösung stellt demgegenüber einen ausgesprochen marktwirtschaftlichen Weg dar, der ohne Verbote auskommt.

<sup>13</sup> Auch die im Rahmen der Rentenreform '92 vorgesehene Einführung von „Kinderberücksichtigungszeiten“ schafft für Mütter, die nach der Geburt eines Kindes nur geringfügig erwerbstätig sind, keine eigenen Rentenansprüche. Die durch die Berücksichtigung von Kindern erleichterte Erfüllung von Wartezeiten erhöht die Rentenanwartschaften nicht direkt; lediglich für eine bestimmte Gruppe von Frauen führt die Anrechnung von Ausfallzeiten zu höheren Rentenzahlungen. Für einen konkreten Vorschlag einer eigenständigen Alterssicherung für jeden Erwachsenen, vgl. „Strukturreform der gesetzlichen Rentenversicherung ohne Berücksichtigung des Wandels ökonomischer und gesellschaftlicher Strukturen? Bearb.: Hans-Jürgen Krupp und Ellen Kirner. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 50/87, S. 661-666. Für die Akzeptanz einer geeigneten Versicherungspflicht bei geringfügig Beschäftigten vgl. Johannes Schwarze und Gert Wagner, Determinanten der Zufriedenheit mit der Altersvorsorge in der BRD, Diskussionspapier Nr. 135 der Wirtschaftswissenschaftlichen Dokumentation der TU, Berlin 1989.

## Aus den Veröffentlichungen des DIW Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948. Format DIN A 5.

- Nr.123 **Zweimal deutsche Sozialpolitik.** Von Peter Mitzscherling. 136 S. 1978. DM 26,—.
- Nr.124 **Forschung und Entwicklung in der Berliner Industrie.** Ergebnisse einer Befragung. Von Burkhard Dreher. 112 S. 1978. DM 36,—.
- Nr.125 **Maßnahmen für eine sichere und umweltverträgliche Energieversorgung.** Von Urs Dolinski und Hans-Joachim Ziesing unter Mitarbeit von Klaus-Dieter Labahn. 379 S. 1978. DM 148,—.
- Nr.126 **Zur Lage und Entwicklung der deutschen Filmwirtschaft.** Von Burkhard Dreher. 93 S. 1978. DM 32,80.
- Nr.127 **Neuberechnung der Wegekosten im Verkehr für das Jahr 1975.** Von Heinz Enderlein. 48 S. 1978. DM 18,60.
- Nr.128 **Regionalplanung und regionale Wirtschaftsstruktur in der Deutschen Demokratischen Republik.** Von Angela Scherzinger und Herbert Wilkens. 89 S. 1979. DM 33,60.
- Nr.129 **Das Kaufkraftverhältnis zwischen D-Mark und Mark (DDR). Eine Neuberechnung.** Von Charlotte Otto-Arnold. 76 S. 1979. DM 24,60.
- Nr.130 **Industrielle Strukturprobleme und sektorale Strukturpolitik in der Europäischen Gemeinschaft.** Von Fritz Franzmeyer. 160 S. 1979. DM 59,60.
- Nr.131 **Zur Interdependenz der Bevölkerungs- und Arbeitsplatzentwicklung.** Grundlagen eines simultanen interregionalen Modells für die Bundesrepublik Deutschland. Von Herwig Birg. 290 S. 1979. DM 118,—.
- Nr.132 **Zum Problem der Substitutionsmöglichkeit von Mineralölprodukten durch andere Energieträger — dargestellt am Beispiel eines Bundeslandes.** Von Urs Dolinski und Klaus-Dieter Labahn. 106 S. 1980. DM 44,60.
- Nr.133 **Möglichkeiten der künftigen Strombedarfsdeckung in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Eckhard Casser, Jörg-Peter Weiß und Hans-Joachim Ziesing. 131 S. 1980. DM 55,30.
- Nr.134 **Lohnentwicklung und Lohnpolitik als Bestimmungsgründe konjunktureller Verläufe und struktureller Verschiebungen.** Von Hans-Peter Basler. 102 S. 1981. DM 44,80.
- Nr.135 **Elemente regionaler Wohnungsmarktmodelle und offene Fragen der Wohnungsmarktanalyse.** Von Bernd Bartholmai. 43 S. 1982. DM 22,60.
- Nr.136 **Entwicklung und Struktur des deutsch-sowjetischen Handels — Seine Bedeutung für die Volkswirtschaften der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion.** Von Jochen Bethkenhagen und Heinrich Machowski. 83 S. 1982. DM 44,—.
- Nr.137 **Berechnung der Kosten für die Wege des Eisenbahn-, Straßen-, Binnenschiffs- und Luftverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland für das Jahr 1981.** Von Heinz Enderlein. 59 S. 1983. DM 22,60.
- Nr.138 **Die Bedeutung des innerdeutschen Handels für die Wirtschaft der DDR.** Von Doris Cornelsen, Horst Lambrecht, Manfred Melzer und Cord Schwartau. 203 S. 1983. DM 84,—.
- Nr.139 **Beurteilung der Wirtschaftlichkeitsschwelle und Analyse der Produktionskapazitäten bei neuen Technologien zur Energieeinsparung in mittel- und längerfristiger Sicht.** Von Hans-Joachim Ziesing. 458 S. 1983. DM 198,—.
- Nr.140 **Neuorientierung in den Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Entwicklungsländern.** Von Fritz Franzmeyer, Hans J. Petersen (Hrsg.). 251 S. 1984. DM 44,60.
- Nr.141 **Messen und Ausstellungen als expansive Dienstleistungen.** Von Uwe Müller. 100 S. 1985. DM 22,60.
- Nr.142 **Präferenzregelung der Forschungs- und Entwicklungsförderung in Berlin.** Von Kurt Hornschild. 68 S. 1985. DM 19,80.
- Nr.143 **Regionale Beschäftigungsentwicklung und produktionsorientierte Dienstleistungen.** Von Franz-Josef Bade. 280 S. 1987. DM 56,—.
- Nr.144 **Der Beitrag der Europäischen Gemeinschaft zur Bekämpfung des Hungers in der Welt.** Von Peter Hrubesch und Siegfried Schultz (Hrsg.). 259 S. 1987. DM 54,—.
- Nr.145 **Die Beseitigung von Steuergrenzen in der Europäischen Gemeinschaft — Vorteile und Probleme einer Harmonisierung von Mehrwertsteuer und Verbrauchsteuern im europäischen Binnenmarkt.** Von Rüdiger Parsche, Bernhard Seidel und Dieter Teichmann unter Mitarbeit von Georg Erber und Hansjörg Haas. 468 S. 1988. DM 82,60.

---

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-1000 Berlin 33  
Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00  
BTX-Systemnummer • 2 99 11 #

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Hans Heuer, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Frieder Meyer-Krahmer, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

*Wie hoch sind die Kapazitätsreserven der deutschen Wirtschaft?* Bearbeitet von Bernd Görzig. —  
*Geringfügige Beschäftigung.* Bearbeitet von Jürgen Schupp, Johannes Schwarze und Gert Wagner

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 125,—, vierteljährlich DM 35,—, Einzelnummer DM 4,—.

Zuzüglich Versandkosten